

## **Pressevertreter**

**Christian Jethon**

Vorsitzender

Kreuzgasse 13  
06429 Nienburg

Telefon 034721 / 30 744  
Telefax 034721 / 30 743

info@linke-nienburg.de  
www.linke-nienburg.de

## **Presseinformation**

Nienburg, 2012-03-26

### **Fraktion lässt Beschlüsse des Stadtrates überprüfen**

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Nienburg hat sich mit einem Schreiben an die Kommunalaufsicht des Salzlandkreises gewandt, um zwei auf der letzten Ratssitzung gefasste Beschlüsse überprüfen zu lassen. Konkret geht es dabei zum einen um den Beschluss zur Unterstützung des umstrittenen Saale-Seitenkanals durch die Stadt Nienburg, zum anderen um den Kauf eines Löschteiches im Gewerbegebiet Nienburg.

Die Beschlussfassung zum Thema „Saale-Seitenkanal“ erfolgte im Tagesordnungspunkt „Anfragen und Mitteilungen“ und war somit kein ordentlicher Tagesordnungspunkt der Ratssitzung. Insofern gab es hierzu weder entsprechende Beschlussvorlagen, noch hatten die Fraktionen die Gelegenheit, sich auf das Thema vorzubereiten. Infolgedessen war der Stadtrat in dieser Angelegenheit nicht beschlussfähig.

Somit ist der Beschluss, der den Bürgermeister gemäß dem Sitzungsprotokoll berechtigen soll, „Gespräche für die Stadt Nienburg (Saale) pro Saaleausbau zu führen“, nach Auffassung der Fraktion aus formellen Gründen rechtswidrig und nichtig. Darüber hinaus lehnt die Nienburger LINKE den Kanal auch inhaltlich als Steuerverschwendung und wegen der damit verbundenen Zerstörung einer einzigartigen Flusslandschaft ab.

Im zweiten von der Fraktion monierten Beschluss geht es um den Kauf einer Fläche im Gewerbegebiet Nienburg. Auf dieser Fläche befindet sich bereits eine Löschwasserteich, der laut Beschlussvorlage erforderlich ist, um die Gebäude eines ansässigen Gewerbebetriebes innerhalb eines 300 m-Radius mit Löschwasser zu versorgen.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE wurde zum einen bei der Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat und in den vorberatenden Ausschüssen wiederholt gegen das in § 31 der Gemeindeordnung verankerte Mitwirkungsverbot verstoßen. Sowohl der Bürgermeister als auch Stadtrat Hartmann (FDP) haben an den Beratungen und der Beschlussfassung im Hauptausschuss bzw. im Stadtrat mitgewirkt, obwohl sie als Mitglieder des Aufsichtsrates des jetzigen Grundstückeigentümers WFG Bernburg befangen waren.

Darüber hinaus ist aus Sicht der Fraktion der Beschluss aber auch inhaltlich zu überprüfen, da der Kauf des Löschteiches nicht zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde gehört. Diese ist zwar grundsätzlich für die Löschwasserversorgung zuständig, allerdings nur im Rahmen eines sogenannten Grundschutzes. Wie aus der Beschlussvorlage hervorgeht, dürfte es sich aber im vorliegenden Fall um eine besondere Löschwasserversorgung eines Objektes mit erhöhtem Gefährdungsgrad handeln, für die nicht die Gemeinde, sondern der Eigentümer zuständig ist.

DIE LINKE schlägt deshalb vor, die für den nach ihrer Auffassung unnötigen Grundstückskauf veranschlagte Summe von rund 10.000 € so zu verwenden, dass sie den Brandschutz aller BürgerInnen und Firmen der Stadt sichert. So könnte das Geld beispielsweise für den Erwerb von Ersatzrüstung für die Freiwillige Feuerwehr verwendet werden.